

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Er erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis im Oktober: 3. Woche RM. 130 000 000. Einzelnummern 20 000 000 RM. zuzügl. Postbefreiung. Einzelnummern 20 000 000 RM. zuzügl. Postbefreiung. Einzelnummern 20 000 000 RM. zuzügl. Postbefreiung. Einzelnummern 20 000 000 RM. zuzügl. Postbefreiung.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum l. Bez. Grundr. RM. 30 außerh. 35 einschl. Zust. Steuer. Anzeigenzeit 70 RM. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offset u. b. Anstuferteilung werden jew. 5 000 000 RM. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 241

Preis 170

Wildbad, Dienstag, den 16. Oktober 1923

Heft 179

58. Jahrgang

Die Abrüstung des Aemterwesens

Wo man sparen kann

Aus hohen Verwaltungskreisen erhalte ich folgende Betrachtung: Zu den Notverordnungen, die in den Reichsämtern lie und fertig im Entwurf vorliegen und die in kürzester Frist herausgebracht werden sollen, gehören auch die weitgehenden Sparmaßnahmen. Alle überflüssigen Beamtenstellen und Angestelltenposten, die zehlos nach der Revolution neu geschaffenen Beamtenstellen, deren Inhaber so gut wie nichts zu tun haben, sollen abgeschafft werden. Das Schreckenswort Entlassung braucht aber in weiten Beamtentum keine Schrecken hervorzurufen. Es soll mit größtmöglicher Schonung verfahren werden; man will alles aufbieten, um die Betroffenen in andere Berufe überzuführen.

Die öffentliche Meinung hat sich in letzter Zeit besonders scharf gegen die Beamtengehälter gewendet. Aber diese stellen immer noch in ihrer überwiegenden Mehrheit eine produktive Ausgabe dar. Der Staat erhält für sie eine Gegenleistung, und es besteht noch wie vor ein allgemeines Interesse, die Beamten so zu entlohnen, daß sie bei der rasenden Geldentwertung nicht die Lust zur Arbeit verlieren und auf Nebenverdiensten ausgehen. Auf keinen Fall darf aber der Zustand weiterbestehen, daß z. B. der Wartegeldempfänger, der in einem freien Beruf eine aushörmliche Einnahme gefunden hat, noch nebenbei vier Fünftel seines zehlosigen Beamtengehälts laufend weiter bezieht. Wie viele frühe Pensionierte oder Beamte auf Wartegeld haben ihre seltenen Posten in Handel und Industrie auf Grund der früheren Beziehungen und Titel erlangt. Soll ihr neues Einkommen nicht auf die Pension oder das Wartegeld in Anrechnung kommen?

Und nun die Herren Volksvertreter. Ihre Entlohnung bewegt sich seit Jahr und Tag in umgekehrter Richtung wie ihre Bedeutung für die Rettung des Vaterlands. Ihre Tätigkeit war ursprünglich ein Ehrenamt. Dann kam die Freifahrt auf der Eisenbahn. Dann die Tagegelder, die sie sich selbst als beschließende Befehlshaber immer reichlich gewährten. Soeben ist mitten in den Wirren der Koalitionskrise — die Deffektivität hat es kaum bemerkt — von der Reichstagsmehrheit ein Antrag abgelehnt worden, der die Tagegelder nur für die eigentlichen Sitzungstage ausgerechnet wissen wollte. Das war kein guter Anfang der Sparpolitik, und es muß demnächst ganz anders werden. Verschwinden müssen die Doppelbesoldungen durch gleichzeitige ausgeübte andere öffentliche Ämter. Verschwinden muß die große Belegschaft gewisser auswärtiger Vertretungen. Das arm gewordene Reich braucht nicht wie früher voll zu repräsentieren. Sparanische Einfachheit macht draußen nur guten Eindruck. Im Innern verlangt der um seine Existenz ringende Steuerzahler, daß alle überflüssigen Behörden eingezogen und die bisher soviel mit Leerlaufarbeiten beschäftigten Beamten in produktive Stellen gebracht werden und zwar durch diktatorische Maßnahmen von oben. Mit Sparkommissaren hat man schlechte Erfahrungen gemacht. Der Kanzler muß sein eigener Spardiktator werden.

Die Wiederaufnahme der Arbeit

Post und Eisenbahn

Aus dem besetzten Gebiet an der Ruhr wird uns geschrieben: Der passive Widerstand ist tot. Aber es wäre Selbstbetrug, zu sagen, daß die Arbeit nun überall wieder voll aufgenommen wird. Immer deutlicher stellt sich heraus, daß die Erklärung der Franzosen, nur lokale Verhandlungen mit den Behörden und einzelnen Wirtschaftsgruppen führen zu wollen, nichts anderes bedeutet als die alte Weise der Verschleppung und Verwirrung.

Zum ersten: Man führt gar keine Verhandlungen, sondern man stellt Bedingungen. Die französische Militärbehörde hat für das Personal der Post- und Telegraphenverwaltung eine Verpflichtung aufgestellt, die unterschrieben werden muß, wenn man wieder in Gnaden aufgenommen werden will. Die deutschen Beamten müssen sich verpflichten, den Befehlen der Besatzungsbehörde Folge zu leisten, sich ihrer Überwachung zu unterwerfen, alle französischen und belgischen Diensttelegramme, gleichviel, ob sie Eisenbahn-, Zoll-, Forst- oder Kohlenangelegenheiten betreffen, zu übermitteln. Der deutsche Dienst steht unter der Überwachung militärischer Wachtposten oder Zivildienstposten. Die technischen Beamten müssen sich an die „Schulungslehren“ der fremden Überwachungsorgane halten. Jede Aenderung an den deutschen Telegraphendienstes muß vorher dem Direktor des feindlichen Telegraphendienstes zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Zutritt zu gewissen Räumlichkeiten der Ämter ist nur mit Erlaubnis der Besatzungsbehörde gestattet. Deutsches Personal muß auf Ver-

Tagespiegel

Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, mit den Verbündeten abzuhandeln in Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Ausgleichsverfahrens, das aus Anlaß der Ruhrbesetzung eingeleitet war, einzutreten.

Aus vielen deutschen Städten werden Ausschreitungen der Arbeitslosen gemeldet.

Die türkische Nationalversammlung hat mit großer Mehrheit das Gesetz angenommen, das Angora zur Hauptstadt des türkischen Reichs erklärt.

Argentinien hat den Frankreich während des Krieges gewährten Vorschuh von 100 Millionen Francien zu 5 Prozent Zinsen um ein Jahr verlängert.

Das Reichskabinett hat eine Entscheidung in der Währungsfrage getroffen. Die Währungsreform wird erlassen, welche die neue Rentenmark einführt. Die Papiermark bleibt vorerst geschicktes Zahlungsmittel.

Im ganzen Reich macht sich infolge der Lebensmittellieferung eine reizende Erregung bemerkbar. In Ansehörungen, Krawallen und Plünderungen kam es in Frankfurt, Braunschweig, Tübingen, Gießen, Leipzig und Berlin.

Der Reichsverkehrsminister erläßt an die Eisenbahnen des besetzten Gebietes einen Aufruf, in die Dienste der französisch-belgischen Regie zu treten. Auch das mußte kommen!

Am 20. Oktober werden die Postgebühren abermals verdoppelt.

In Sachsen hat das Verbot des Wehrkreiskommandanten für die proletarischen Hundertschaften zu einer Boykottierung der neuen sozialistisch-kommunistischen Regierung geführt.

Reichskanzler Stresemann hat an Hugo Stinnes einen Brief geschrieben, daß das Reich die Vierung von Reparationskosten nicht finanzieren kann und daß die Industriellen Vierungsverträge mit den Franzosen abzulehnen können, wenn das Kohlenbudget die erforderlichen Kohlenmengen freimacht.

langen für die militärische Hauptstelle arbeiten und umfangreiche Einrichtungsarbeiten ausführen. — ein ganz unmöglicher Zustand, der Schnurstraks zu neuen Ausbrüchen des Widerstands, wenn nicht zu Schlimmerem führen dürfte.

So die Post. Und wie sieht es bei der Eisenbahn aus? Tatsächlich ist die Anordnung ergangen, daß Eisenbahnerausweisungen nicht mehr stattfinden sollen; tatsächlich ist die Anweisung von 214 Eisenbahnangestellten aus Duisburg, Köln und Mülheim-Stelldorf auf Befehl des Düsseldorf-Oberkommandos hin im letzten Augenblick rückgängig gemacht worden, nachdem die Eisenbahner bereits zwei Stunden auf dem Sammelbahnhof auf den Abtransport gewartet hatten. Aber in Reddinghausen waren 47 Eisenbahner nicht so glücklich. Sie mußten fort, angeblich weil sie als Sabotageverdächtig strafangewiesen seien. Doch sind das vielleicht noch Mißverständnisse und Uebergangsschmerzen. Auffallend ist nur, daß von französischer Seite die Ansicht verbreitet wird, ihre Eisenbahnverwaltung bedürfe der Mitarbeit deutscher Beamten und Arbeiter gar nicht und sie könne daher bei der Wiederannahme arbeitswilliger Eisenbahnbediensteten „strenge Auslese“ halten. Die Besatzungsbehörden trauen also dem guten Willen auf deutscher Seite nicht, ganz einfach, weil sie selbst Ziele verfolgen, die sie nicht offen zur Schau tragen. Und im übrigen: Will man der ganzen Welt Sand in die Augen streuen?

Die Pläne zur Ausnutzung der Eisenbahnen unter französisch-belgischer Verantwortung sind fertiggestellt und so ziemlich allgemein bekannt. Aber neutrale Techniker, die sich den jetzigen Zustand der Bahnen angesehen haben, lassen sich keinen Sand in die Augen streuen. Sie sagen es rund heraus, daß die Franzosen und Belgier ohne die gründlichste deutsche Mitarbeit die Bahnen vollends ganz verpuschen werden. Der Dienst ist jetzt schon jämmerlich schlecht geworden und mit dem großen Verkehr von früher auch nicht annähernd zu vergleichen.

Und noch bedenkllicher als die technischen Schwierigkeiten sind die politischen. Die ausländischen Eisenbahngesellschaften, die mit den Eisenbahnen im Rheinland und Westfalen zu arbeiten haben, sind von dem Gedanken wenig begeistert, in Zukunft mit einem Zwischenglied rechnen zu

sollen, das nicht rein der Wirtschaft und dem Verkehr dient, sondern ganz bestimmten eigenschickigen Zwecken politischer und militärischer Natur. Jedemfalls verlangen die Holländer und Schweizer, daß die neue Eisenbahngesellschaft, wenn sie gegründet wird, nicht nur aus Verbündeten besteht, sondern daß auch Neutrale an ihr teilnehmen.

Der Briefwechsel Stinnes-Stresemann

Berlin, 15. Okt. Gegenüber dem entstellten Bericht der „Post-Ztg.“ über die Verhandlungen des Bergbäuerlichen Vereins in Düsseldorf veröffentlicht die Abordnung der Ruhrstreikenden im Einverständnis mit dem Reichskanzler den Wortlaut des Briefwechsels zwischen Stinnes und Reichskanzler Stresemann. Unter Bezugnahme auf eine vorausgehende Besprechung mit Stresemann schrieb Stinnes am 7. Oktober an den Reichskanzler, die Vertreter der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie wünschen am Dienstag (9. Okt.) die Entscheidung der Reichsregierung zu erfahren, ob sie die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet mit der Entschädigungskommission selbst führen oder ob sie den Vertretern der Ruhrindustrie überlassen wolle, ein passendes Abkommen mit den Besatzungsbehörden zu treffen. Stinnes stellte zu diesem Behuf die Fragen, ob die Reichsregierung bereit sei, 1. die beschlagnahmten Kohlenwerte usw. zu ersetzen und die Zeichen zu ermächtigen, darüber ein möglichst günstiges Abkommen mit den Besatzungsbehörden zu treffen; 2. den Zeichen die von den Franzosen verlangten Kohlensteuern zurückzugeben; 3. die Kohlensteuer aufzuheben; 4. die auf Kriegsentwädigungsberechnung abzulegenden Kohlen den Zeichen zu veräußern; 5. die von den Franzosen verlangte Verzugsbefreiung des besetzten Gebiets anzuerkennen; 6. sich mit der Aufhebung des Reichskohlenkommissariats für das besetzte Gebiet einverstanden zu erklären; 7. die vom Bergbäuerlichen Verein gewählte Abordnung die Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden führen zu lassen. Ferner erbittet Stinnes Auskunft, welche Stellung in diesem Fall die Abordnung gegenüber der von Frankreich geplanten Umwandlung der Eisenbahnen des besetzten Gebiets in eine Betriebsgesellschaft einnehmen solle. Endlich fragt Stinnes, ob die Ruhrindustrie bei der Durchführung der Arbeitszeitverlängerung auf 8 1/2 Stunden im besetzten und unbesetzten Gebiet und der sofortigen Beseitigung der Demobilisationsbestimmungen auf die wohlwollende Unterstützung der Reichsregierung rechnen könne. Die geldliche Lage der Betriebe sei teilweise eine überaus kritische.

Darauf antwortete Reichskanzler Stresemann am unterm Freitag, den 12. Oktober: Das Reich kämpfe jetzt um seine nackte Existenz. Aus diesem Grund sei es der Reichsregierung nicht möglich, für die Kohlenlieferungen der Kriegsentwädigung wie bisher aufzukommen. Die Regierung habe sich nur bereit erklärt, die Entschädigungslieferungen wieder aufzunehmen, wenn die finanzielle Lage es gestatte. Gegenwärtig könne die Regierung der Ruhrindustrie gegenüber weder eine Zusicherung für die Zahlung der Entschädigungskohlen noch für einen Ersatz der beschlagnahmten Kohlen oder der von den Franzosen einverlangten Kohlensteuer übernehmen. Die Regierung habe sich für die Aufhebung der Kohlensteuer entschlossen unter der Voraussetzung, daß die Kohlenpreise entsprechend gesenkt werden. Die Regierung sei mit einer weitgehenden Freiheit der Unternehmungen im besetzten Gebiet und mit der Abschließung von Brennstofflieferungsverträgen mit den Besatzungsmächten durch das Kohlenbudget einverstanden. Der Kohlenkommissar werde in solche Verträge nicht eingreifen. Verpflichtungen für die Regierung sollen aber durch etwaige Abmachungen nicht entstehen. Es könne der Reichsregierung nicht zugemutet werden, sich mit noch zu treffenden Verfügungen der Besatzungsbehörden einverstanden zu erklären, ohne dabei selbst mitzuwirken. Da Verhandlungen zwischen den Regierungen zurzeit nicht stattfinden, so sei die Reichsregierung damit einverstanden, daß die wirtschaftlichen Vereinigungen ihrerseits Verhandlungen wegen der Wiederingliederung der Wirtschaft führen und ihre Vertrauensmänner damit beauftragen. Es dürfen aber keine Vereinbarungen getroffen werden, die staatliche Rechte, insbesondere Hoheitsrechte betreffen.

Für die Regelung der Arbeitszeit gelten die gesetzlichen Bestimmungen des Reichs. Eine gesetzliche Regelung werde demnächst erfolgen.

Gefährliche Freunde

Die Denkschrift des Bergbäuerlichen Vereins an den Reichskanzler über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet war als höchstvertrauliches Schriftstück der Reichskanzlei übergeben worden, wo sofort eine Abschrift gemacht wurde. Gleich darauf erschien in wahrheitswidriger Entstellung in der „Post-Zeitung“ ein Abdruck, zu dem der Redakteur Bernhard nur durch skandalösen Vertrauensbruch in der

Reichskanzlei gelangt sein konnte. Die säkularistische Darstellung der Unterredung hat, abgesehen von der Erregung, die sie im Reich erzeugte, Deutschland auch dadurch schweren Schaden gebracht, als die franz. Befehlsbehörde und die leitenden Kreise in Paris zu ganz falschen Voraussetzungen geführt wurden. Dessenhalb wird der Reichskanzler aufgefordert, gegen die unzuverlässigen Beamten einzuschreiten und gegen das Blatt gerichtliche Unterjuchung zu veranlassen. Die „Köln. Stg.“ bemerkt zu dem Vorfall, sie habe Stresemann wiederholt vor gewissen betrieblichen Verteidigern seiner Politik gewarnt. Wenn er die Gefährlichkeit dieser Pressefreunde immer noch nicht erkannt habe, obwohl sie schon Schaden genug angerichtet haben, so werde er sie jetzt wenigstens erkennen müssen. Stresemanns Politik sei durch die „Bewunderung“ und „schränkenlose Verteidigung“, die sie namentlich in der „Wost. Zeitung“ durch Bernhard gefunden habe, von Anfang an geschädigt, bloßgestellt und mißbraucht worden für die diesem Blatt eigentümliche Geistesrichtung. Im vorliegenden Fall sei für die Regierung die Sache dadurch verschlimmert worden, daß sie zuerst die ausweichende Erklärung abgegeben ließ, sie habe jene Denkschrift der Industriellen noch nicht prüfen können, während sie tatsächlich bereits am Sonntag, 7. Oktober, mündliche Besprechungen mit den Industriellen über die Denkschrift hatte.

Neue Nachrichten

Verzichtleistung des Reichspräsidenten

Berlin, 15. Okt. Der Reichspräsident hat in einer Denkschrift an den Reichskanzler mitgeteilt, daß er im Hinblick auf die Finanzlage des Reichs und den Druck der Zeitverhältnisse künftig bis auf weiteres auf die Hälfte der ihm zustehenden Aufwandsgeelder Verzicht leiste.

Vertagung des Reichstags

Berlin, 15. Okt. Nachdem der Reichstag am Samstag nachmittag das Ermächtigungsgesetz angenommen hatte, verlas Abg. Frölich (Komm.) einen Aufruf seiner Partei, der die Arbeiterklasse auffordert, mit Generalstreik und mit der Waffe in der Hand sich gegen eine militärische Diktatur zu verteidigen. Eine Entschließung der Deutschnationalen Volkspartei, daß den durch Ermächtigungsgesetzungen etwa mit Entlassung bedrohten Angestellten in Staats- und behördlichen Betrieben eine Abfindung durch Gesetz gewährt werden solle, wurde abgelehnt. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich Ende dieser Woche statt.

Die Neuregelung der Arbeitszeit

Berlin, 15. Okt. Der Gesetzentwurf über die Neuregelung der Arbeitszeit, der bereits dem Reichsrat zugegangen ist, fußt auf dem Grundgedanken des achtstündigen Arbeitstags und der achtundvierzigstündigen Arbeitswoche. Einschränkungen sollen möglich sein bei Notfällen, bei un vermeidlichen Vorbereitungs- und Abschlußarbeiten zur Bewachung und Inangriffnahme von Betriebsanlagen. Ferner soll den Arbeitgebern die Möglichkeit gegeben werden, zwecks Anpassung an die Geschäftslage (Konjunktur) an einer beschränkten Anzahl von Tagen Mehrarbeit leisten zu lassen. Diese Bestimmungen sind im Grunde nicht neu. Formliche Ausnahmen sind in der Vorlage vorgesehen durch Tarifvertrag oder behördliche Maßnahmen, jedoch ist in diesen Fällen eine Grenze gezogen durch die Rücksicht auf Gesundheit und Leben der Arbeiter sowie auf die Schwere der Arbeitsleistung. Für den Bergbau unter Tage, sowie für alle Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grad der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub u. dergl. ausgefetzt sind, muß am Arbeitstagen tag festgehalten werden. Hier ist höchstens vorübergehende Ueberarbeit in dringenden Fällen gestattet. Die Höchstgrenze der Arbeitszeit sind 10 Stde. Für Betriebe der Körperkraft des öffentlichen Rechts steht die Ausübung der den Behörden übertragenen Befugnisse der vorgesetzten Dienstbehörde zu.

Die Mieter haben die Kosten der Neubauten zu tragen

Berlin, 15. Okt. Das Reichskabinett hat sich zu einer völligen Umgestaltung des Wohnungswesens entschlossen. Die Wohnungswirtschaft soll auf eigene Füße gestellt und der öffentliche Zuschuß für Neubauten aufgehoben werden. Die freie Wirtschaft sei zurzeit noch nicht möglich. Die Kosten der Neubauten sollen künftig in der Hauptsache von den Mietern aufgebracht werden, indem die Mieten nach Gold-

marktwert unter Zugrundelegung der amtlichen Sichtzahl für die Lebenshaltung nach dem Stand vor dem Krieg berechnet werden. Von diesen Mietzahlungen sollen 20—30 Prozent für die Betriebs- und Instandhaltungskosten, 10 Prozent für den Hausbesitzer und der Rest für allgemeine Zwecke (Neubauten, Ausbesserungen, Währung usw.) verwendet werden. Die Mieterzuschuß- und Wohnungsmangelgesetze sollen bestehen bleiben, die Wohnungsbauabgabe dagegen fortfallen.

Anklage gegen 14 Teilnehmer am Küstriner Putsch

Berlin, 15. Okt. Wegen der Vorgänge, die sich am 1. Okt. in Küstrin abgespielt haben, ist bei dem zu ihrer Aburteilung eingeleiteten außerord. Gericht in Cottbus Anklage erhoben worden gegen: 1. den Major a. D. Albert Buchrucker in Haus Tornow bei Bukow (Kreis Rebus), 2. Major a. D. Fritz Harzer in Küstrin, 3. Kaufmann Hans Hahn in Liegnitz, 4. Zahnarzt Max Fliege in Leipzig, 5. Oberl. a. D. Peter Bogt in Küstrin, 6. Kandidat der Chemie Gerhard Reichel in Küstrin, 7. Ingenieur Karl Dabkowski in Küstrin, 8. Landwirt Hans Körtgen in Daberow bei Müllrose, 9. Landwirt Hermann Kühn in Brunow (Kr. Angermünde), 10. Landwirt Georg Burckhardt in Klein-damer (Kr. Jülichau), 11. Kaufmann Willy Briezewski in Berlin, 12. Oberl. a. D. Arnold Schrenk in Küstrin, 13. Landwirt Eduard Stoppe in Nieze (Kr. Schwiebus), 14. Oberl. a. D. Walter in Küstrin.

Die Anklage beschuldigt die genannten 14 Personen, die sich sämtlich in Haft befinden, des Hochverrats, weil sie gemeinschaftlich unternommen haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern. Da die Anklageschrift bei dem außerordentlichen Gericht bereits eingereicht worden ist, so kann damit gerechnet werden, daß die Hauptverhandlung im Laufe der nächsten Woche beginnt.

Rohbach aus der Haft entlassen

Leipzig, 15. Okt. Oberleutnant a. D. Rohbach, der in der Nacht zum 18. März ds. Js. in Berlin verhaftet wurde unter dem Verdacht, im Verein mit anderen die Umwandlung des passiven Widerstands im Ruhrgebiet in offenen Widerstand gegen die Franzosen vorbereiten zu wollen (!) und der seither als Untersuchungsgangener des Staatsgerichtshofs wegen angeblicher Geheimbündelei sich im Leipziger Gefängnis befand, ist am 13. Oktober auf Beschluß des Staatsgerichtshofs aus der Haft entlassen worden. Im Mai waren ferner vier junge Leute verhaftet worden unter dem Verdacht, daß sie die Befreiung Rohbachs geplant haben. Im Lauf der Untersuchung wurden in Berlin noch mehrere junge Leute als angebliche Mitverschworene Rohbachs verhaftet.

Die sächsische Regierung hat gegen die Haftentlassung Rohbachs Einspruch erhoben und der Leipziger Polizei befohlen, ihn in Haft zu nehmen. Rohbach war aber bereits nicht mehr aufzufinden. Das Wehrkreis-Kommando hat im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister mitgeteilt, daß über Rohbach die Schutzhafte verhängt sei.

Arbeitslosen-Unruhen

Düsseldorf, 15. Okt. Die Arbeitslosen veranstalteten mehrere Kundgebungen, weil sie mit den Unterstützungsfähigkeiten nicht zufrieden sind. Sie verlangten die Lieferung billiger Lebensmittel, ferner eine sofortige außerordentliche Unterstützung von 50 Milliarden auf den Kopf und eine tägliche Auszahlung von 1,9 Milliarden Mark. Der stellv. Regierungspräsident billigte ihre Forderungen. Darauf zogen die Massen vor das Rathaus und verlangten die Auszahlung. Die Stadtwahlverwaltung war nicht imstande, die Summe, die insgesamt 4500 Millionen betragen hätte, auszugeben. Die größtenteils bewaffneten Arbeitslosen gingen nun daran, das Rathaus zu stürmen. Die Stadtwahlverwaltung mußte französische Truppen zu Hilfe rufen, die den Platz räumten und den Schutz des Rathauses übernahmen. Eine Anzahl Geschäfte wurden vollständig ausgeplündert. Die Befehlshaber verlangte, daß unverzüglich mit der Industrie und dem Gewerbe wegen Wiederaufnahme der Arbeit Verhandlungen geführt werden. Die Behörde genehmigte, daß der der Stadt gehörige Pendelzug zur Herbeischaffung von Kohlen wieder ausgeführt werden dürfe.

Frankfurt a. M., 15. Okt. Heute mittag sammelten sich größere Menschenmassen im Bankenviertel an. Auf das Gerücht, daß ein Zug auf die Börse im Anmarsch sei, stürzten die Börsensucher in wilder Angst. Die Menge wurde jedoch von der Polizei zerstreut.

Neustadt a. G. (Wals), 15. Okt. Am Samstag drangen

die Arbeitslosen ins Rathaus ein, zerfügten alle Fenster-scheiben und warfen die Altenteile auf die Straße. Die Polizei mußte mit blanker Waffe vorgehen. Französische Truppen stellten die Ruhe wieder her.

Ähnliche Berichte liegen aus einer Reihe anderer Städte des Reichs vor.

Leipzig, 15. Okt. Die Markthalle wurde am Samstag von einer Volksmenge größtenteils ausgeräumt. Viele Händler opfereten freiwillig Waren, damit ihnen nicht alles weggenommen wurde. Als die Polizei erschien, waren die Händler verschwunden. Am späten Nachmittag wurde unter polizeilichem Schutz der Verkauf wieder aufgenommen.

Beschlagnahme Waffen

München, 15. Okt. Im Koburgischen an der thüringischen Grenze hat die bayerische Landespolizei zwei aus Suhl kommende, für die Kommunisten in Bayern bestimmte Waffensendungen in Kastautos, Gewehre und fabrikneuem Armeepistolen, abgefangen. Eines der Autos war mit der Aufschrift „Reichswehrkommando“ gefahren.

Verbot des Betriebsrätekongresses

Dresden, 15. Okt. Der von den Kommunisten auf 18. Oktober einberufene Betriebsrätekongress für Sachsen und Thüringen ist vom Befehlshaber des vierten Wehrkreises verboten worden.

Ein Zwischenfall in Meiningen

Meiningen, 15. Okt. Hier entstand infolge eines Angriffs von Zivilpersonen gegen einen Soldaten des 1. Bat. 14. Inf. Regts., dem das Seitengewehr entzogen wurde, in der Nacht zum 14. Oktober ein Streit, bei dem etwa 40 Soldaten von über 200 Zivilisten bedrängt wurden. Die Polizei rief die Nachbereitschaft des Bataillons in Stärke von 2 Unteroffizieren und 10 Mann herbei. Diese wurde von der Menge beschimpft und bedroht. Als ein Schuß auf sie abgegeben wurde, machte die Bereitschaft von der Schusswaffe Gebrauch, 2 Zivilisten wurden erschossen, 7 verwundet. Untersuchung ist eingeleitet.

Die Ruhrhilfe der deutschen Landwirtschaft

Neben vielen Millionen Mark Beihilfe für die Ruhrbevölkerung hat die Landwirtschaft vom Beginn des passiven Widerstands bis 12. September 3892 Eisenbahnwagen mit Lebensmitteln unentgeltlich ins Ruhrgebiet gefandt und rund 300 000 Kinder für längere Zeit in Pflege genommen.

Der Verband der Fabrikanten von Wäsen usw. und der Verband für Damen- und Mädchenbeleidung haben dieser Tage für die Ruhrspende rund 5000 Paar Strümpfe, 14 000 Socken, 4000 Weinkleider und 1000 Kinderanzüge dem Reichskanzler übergeben.

Nach dem Düsseldorfster Tokos-Sonntag

Düsseldorf, 15. Okt. Für die Hinterbliebenen der am blutigen „Rheinischen Tag“ gefallenen Polizeibeamten laufen bei den städtischen Kassen Geldspenden ein, bisher rund 217 Millionen Mark. An 100 Millionen haben allein die städtischen Beamten für die Hinterbliebenen ihrer gefallenen Kameraden aufgebracht. Der Rheinische Bauernverein (Sig Köln) hat eine namhafte Spende in Roggen beigelegt. Immer werden noch einige Polizeibeamte vermist. Es besteht der Verdacht, daß Beamte von den Sonderbündlern verschleppt worden sind.

Erstverurteilung der Lebensmittelzufuhr

Essen, 15. Okt. Die belgischen Soldaten nehmen auf der Bahnstrecke Herbest-Doesten-Buer-Essen den Händlern die Lebensmittel, besonders Eier und Butter, seit einigen Tagen einfach weg, ohne sie zu bezahlen.

Der Danziger Gulden

Danzig, 15. Okt. In nächster Woche wird als vorläufige wertbeständige Münze im Freistaat Danzig der Danziger Gulden mit der Stückelung in 50, 10, 5 und 1 Pfennig in Umlauf kommen.

Amerikanisches

Paris, 15. Okt. Der Besitzer der größten Autofabrik der Welt, Henry Ford, hat sich nach einer New Yorker Meldung bereit erklärt, dem Staat den Kriegsgewinn von etwa 7 Millionen Dollar zurückzugeben. Laut „Matin“ will nämlich Ford sich um die Präsidentschaft bewerben.

Aus Münchens guter alter Zeit

(Lex mihi ars — Die Kunst mein Geseh)

Musikroman von Dr. Hans Fischer-Hohenhausen.

21) (Nachdruck verboten.)

Endlich konnten die Künstler anfangen. Das ziemlich zopfige Streichquartett mit der Schlusssage wurde lebhaft beklatscht, sodaß der Meister sich wiederholt von seinem Sitz erheben und danken mußte.

„Ja, ja, unser Rheinberger hat im kleinen Finger mehr Kontrapunkt, als Wagner und Liszt im Kopf,“ bemerkte Dr. Heller so laut, daß es der in seiner Nähe sitzende Kritiker, Herr Borges, hören mußte; für den waren die Worte auch bestimmt, denn Borges galt als die fleischgewordene Wagner-Liszt-Propaganda in München.

„Kammermusik können die zwei überhaupt nicht machen, oder kennen Sie irgend ein Streichquartett von Liszt oder Wagner?“ rief Paul Hesse laut einem Bekannten über drei Sitzreihen zu. Aber das, das ist gute, solide Musik im alten Bach- und Händelstil!

Eine leichte Bewegung ging jetzt durch den Saal — der Konzertdiener war beschäftigt, bedruckte rote Zettel zu verteilen; indessen hatte dieserhalb im Stimmzimmer lebhafter Meinungs-austausch stattgefunden.

Frau Meyenheim hatte erklärt, daß sie noch einige Lieder von einem andern Komponisten zugeben wolle, wogegen Herr Strauß sich lebhaft sträubte, weil der Abend doch ausschließlich Münchener Künstlern gewidmet sein sollte.

„Und weat sagt Cahna denn, daß deat Komponist, von dem ich a paar Lieder zugeb', net au' a Münchner Kindel ist — eher wie deat Rheinberger, der a Tiroler, und Franz Lachner, der eigentlich a Schwob is!“ Mit diesen Worten und mit kokett-schallhaftem Augenaufschlag wandte sie sich von Herrn Strauß weg zu ihrem Begleiter, Professor Giehl.

„I wüßt nicht, wer dös sein sollte,“ brummte der Kammermusiker.

„It auch ganz gleichgiltig,“ raunte Giehl ihm zu.

„Die Wahl der Zugaben ist Sache der Sängerin — und wenn Lieder von Richard...“

„Richard Wagner!“ brauste Strauß auf.

„Nur net glei' so hitzig, lieber Meister! Hobens keine Angst! Sind Sie jetzt recht lieb und brav, dann sing' ich Ihre Lieder, die mir sehr gut g'fall'n, recht schön. Aber schaug'ns, als Bühnensängerin bin ich gewohnt, mit etwas Wirkungssoollen abzuschließen...“

„Nun ja, Beethooven ist ja auch nicht wirkungssooll in Ihrem Sinn!“ brummte Strauß. „Singens doch lieber glei' so an Schmachtfegen: Es liegt aine Karohne!“

„Nuhig, ruhig! Pst!“ rief Konzertmeister Walthers dazwischen. „Zum Streiten ist keine Zeit! Sie müssen raus, Frau Meyenheim! Das Publikum wird ungeduldig. Sagens sich Ihre Liebenswürdigkeiten ein andres Mal!“

Während Frau Meyenheim, geleitet von Professor Giehl und ihrem Gatten, hinausschritt, blieben die drei Geiger im Stimmzimmer zurück und hielten die Tür offen, damit man die Musik hören konnte. Herr Strauß war ganz in der Stimmung, einen furchtbaren Krach zu schlagen, aber er mußte sich zusammennehmen, denn seine Lieder wurden gesungen. Der stürmische Beifall galt zwar mehr der beliebten Operndiva und ihrer vorzüglichen Vortragskunst. Aber Franz Strauß bezog denselben auf sich und ließ sich gern — nach anfänglich gespielmtem Sträuben — von der Künstlerin den Zuhörern vorstellen. Mit gemischten Empfindungen sah er ins Publikum. Rheinberger und Lachner, auch das Prinzenpaar, klatschten lebhaft Beifall; der Dr. Borges aber, der tonangebende Kritiker, rührte keine Hand und blickte gelangweilt nach einer anderen Seite, als ob ihn die Sache gar nichts anginge. Jetzt dursten nur die Dreingaben, die die Künstlerin sich für den Schluß vorbehalten hatte, einschlagen, dann war er wieder beiseite geschoben! Denn auch dieses musikerständige Publikum konnte geschmacklos sein. Das hatte man im vorigen Winter erfahren, als sich die Leute nach Borchnerinis Menuett wie verrückt geberdeten und es zweimal wiederholt verlangten, indes sie bei dem darauffolgenden

Brahmschen Streichquartett ganz kühl blieben. Mürrisch begab er sich zurück ins Stimmzimmer. Gleichgiltig nahm er die Glückwünsche seiner Quartettgenossen entgegen, indes draußen von neuem die Stimme der Sängerin ertönte.

„Was hast Du denn hier zu tun?“ schnauzte er, als er seinen Sohn Richard eintreten sah. „Du hast hier gar nichts verloren!“

„Sei nicht böse, lieber Vater!“ antwortete dieser. „Ich komme nur, um Dir zu Deinem Erfolg Glück zu wünschen!“

„Ich glaub' gar, Du willst Dich über mich lustig machen!“ schnauzte der Vater weiter — „Und wozu bist Du denn angezogen, wie zu einer Hochzeit? Ist nötig, daß Du auf dem Stehplatz Deine besten Kleider ruinierst?“

Er hatte seine Stimme erhoben, sodaß Walthers besänftigend eingriff.

„Pst!“ sprach er, „man hört draußen jedes Wort in den vorderen Reihen, wenn die Tür offen ist.“

„So machen wir sie zu!“ brummte Herr Strauß.

„Bitte sehr! Ich will die Lieder schon hören, die Frau Meyenheim zugibt,“ versetzte Walthers.

Herr Strauß wollte mit einem Kraftausdruck erwidern, da setzte nach Beendigung des ersten zugegebenen Liedes derartig tosender Beifall draußen ein, daß man das Gespräch unterbrechen mußte. Herr Strauß schnitt ein fürchterliches Gesicht — nach dem zweiten Lied folgte noch stärkerer Beifall!

„Was hast Du denn da für einen roten Zettel?“ fuhr er seinen Sohn an.

„Geh, Richard!“ mischte sich jetzt Walthers ein, „gib Dei'm Alten den Zettel, damit er sieht, von weam die Zugab'n san — sonst propelt er no' den ganzen Abend so weiter!“

Der Sohn reichte seinem Vater den roten Zettel. Entgeistert las dieser:

„Als Zugabe wird Frau Meyenheim noch folgende Lieder des jungen Münchener Komponisten Richard Strauß singen...“ (Fortsetzung folgt.)

Sonderbändlerpakt bereitet

Neuchâtel, 15. Okt. In der Nacht zum Samstag versuchten Sonderbändler mit grün-weiß-roten Armbinden das Stadthaus zu plündern. Die Polizeiwache (vier Mann) leistete den eindrucksvollen Widerstand. Auf beiden Seiten wurde geschossen. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Schuss in den Oberschenkel verletzt. Auch auf Seiten der Angreifer gab es einige Verletzte, die von ihren Parteigängern fortgebracht wurden.

Die Grundlagen der amerikanischen Anleihe

Newport, 15. Okt. Die Anleihe, die Deutschland zur Erreichung der Währungsparität erhalten soll, würde nach dem „Newport Herald“ von einigen Newporter Bankleuten unter Führung des Bankiers Weinbaum vorgeschossen und etwa 100 Millionen Dollar betragen. Dafür soll das deutsche Eigentum in den Vereinigten Staaten, das allein in Newport auf 500 Millionen Dollar geschätzt wird, als Pfand dienen. — Die amerikanischen Bankiers würden also kein schlechtes Geschäft machen.

Württemberg

Stuttgart, 15. Okt. Vom Landtag. Am 29. Sept. wurde im Staatsanzeiger vom Landesfinanzamt und in den folgenden Tagen von den Finanzämtern in den Amtsblättern bekanntgegeben, daß die Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie die Kohnsteuer bis 12. Oktober ohne Zuschlag entrichtet werden könne. Am 4. Oktober machte das Landesfinanzamt bekannt, daß vom 6. Oktober nach Goldmarkrechnung bezahlt werden müsse. Das kam vom 5. bis 6. Oktober einer Verdoppelung der Steuer gleich. Die Finanzämter erklärten, die Schonfrist von 7 Tagen falle einfach weg. Abg. Dr. Baur (Str.) hat angesichts der großen Erregung, die durch die ungewöhnliche Behandlung der Bevölkerung verursacht wurde, an das Staatsministerium die Anfrage gestellt, was es zu tun gedente, um für die Zukunft solche Unzulänglichkeiten zu verhindern.

Kampfbund. Auf Aufforderung der hiesigen Kommunisten haben die Gewerkschaften dem Vorschlag zur Bildung eines gemeinsamen Kampfbundes zugestimmt. Die Sozialdemokratische Partei hat die Anregung abgelehnt.

Teurer Kaffee. In den eigentlichen Kaffeehäusern ohne Konzert in Stuttgart kostet ab 14. Oktober eine Tasse Kaffee 100 Millionen Mark. Am 13. Okt. war der Preis 50, am 12. Okt. 25 Millionen Mark.

Eine gewaltige Steigerung des Fleischpreises ist vom 16. Oktober ab mit der Goldmarkberechnung zu erwarten. Die Metzgerläden wurden heute abend fast gestürmt. Wer es machen konnte, wollte noch etwas „zum alten Preis“ haben.

Am, 15. Okt. Unglücksfall. Ein Schulknabe wurde vom Anhängewagen eines Fuhrwerks, an das er sich gehängt hatte, überfahren. Die Räder gingen dem Knaben, der vorher schon preßhaft war, über beide Beine. Die Verletzungen sind sehr schwer.

Wartshausen b. Biberach, 15. Okt. Einbruch. Drei junge Burken machten in dem einsam gelegenen Hof der Brüder Krug nachts einen Einbruch. Einer der Besitzer erwachte und verfolgte die Diebe mit Schüssen. Die Eindringlinge ließen die Beute samt ihren eigenen Kuttsäcken auf dem Feld im Stich.

Schuppenried, 15. Okt. Was alles gestohlen wird. In einer der letzten Nächte ist aus dem Reichenhaus der staatlichen Heilanstalt das Sektionsbesteck und andere chirurgische Instrumente gestohlen worden. Der Täter hat eine Fenster Scheibe eingedrückt und ist so in das Gebäude eingestiegen. Der Wert beläuft sich auf Milliarden.

Dellhofen, Ost. Spaidingen, 15. Okt. Rauferei. Am Sonntag kam es abends 9 Uhr zwischen jungen Leuten von hier und Wehingen zu einer Schlägerei und Messerkocherei, wobei ein 17jähriger Burche von hier schwer verletzt wurde. Ein gerichtliches Nachspiel wird dieser Affäre folgen.

Aus Hofenzollern, 15. Okt. Jugend von heute. Letzter Tage wurde ein 25jähriges, anständiges Mädchen auf dem Wege zwischen Hausen und Burladingen von neun 16jährigen Burkschen aus Burladingen überfallen. Sie rissen ihr die Kleider vom Leib und versuchten sie zu vergewaltigen. Die Täter sind verhaftet.

lokales.

Willbad, den 16. Okt. 1928.

Der neue Brotpreis. Ab heute hört der Brotbezug auf die Brotkarten für jedermann auf. 1 Laib kostet heute 240 (zweihundertvierzig) Millionen Mark. Wie der Preis ab morgen wird, soll von der Bäckerinnung noch festgesetzt werden. Wir kommen morgen in einem besonderen Artikel auf die Brotfrage für Willbad zu sprechen.

Ein Vorgeschnack zur Einführung der Neumark. In diesem Herbst d. S. Mißvergnügens und der Preissteigerung kann man keine Stunde froh werden. Millionen- und Milliardenpreise, weit die früher verpönten und belächelten russischen Verhältnisse übersteigend, machen die Menschen zu Rechenmaschinen und die Wagenfrage zum A und O des ganzen Daseins. Man braucht gar keine Zahlen zu nennen, die Preise sind phantastisch, steigen täglich, und das Sattessen gehört zu den Tugenden der guten alten Zeit. Daß es trotz der nun errichteten „Diktatur“, wie man die Ermächtigung der Reichsregierung zu allerlei Maßnahmen nennen kann, besser werde, kann wohl niemand glauben. Jedenfalls nicht viel besser, denn es ist eine wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Entwicklung, die man nicht vom grünen Tisch her und auch nicht durch den Polizeiknüppel dauernd hemmen kann. Die Vorräte an Lebensmitteln sind knapp und werden täglich knapper, die Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln wird durch die hohen Devisenpreise immer schwieriger. Nehmen wir nur die Kartoffeln! Die Kartoffelversorgung ist infolge der geringen Ernte einfach unzureichend. Dazu kommt die Preisbildung, die naturgemäß nicht allein bei der Kartoffel und beim Landwirt Halt machen kann. Unglücksfälligerweise treibt die Regierung mit ihrer Tarifpolitik im Eisenbahnverkehr auch noch mit. Nicht genug, daß sie im August die Goldmarkrechnung mit helfen einführte. Wir stehen in dieser Woche an dem Punkte, an dem die Goldmarkrechnung bei allen und jeden Le-

bensmitteln in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Wir werden erleben, daß die Milch im Preise auf 100 und mehr Millionen und die Butter auf 1,5 Milliarden das Pfund klettert, nachdem das Brot bereits vorangegangen ist. (1000 Gramm = 240 Mill. Mark.) Goldmarkrechnung! So heißt die Lösung im ganzen Handel, für Schnittlauch und Kettisch, für Kewfel und Stiefelschmiere, auch für Fleisch und Sobal! Goldmarkrechnung ist der große Volksbetrug, an dem Tausende zu Grunde gehen müssen. Erzeuger, Händler und vor allem Verbraucher. Daß die Rechnung nicht schwebeliches Kunstwerk ist, erhellt sich für jeden in der großen Preise des Reiches Bewanderten ganz klar. So hat man z. B. im „Nassau-Ländle“ Baden am Samstag bereits für Butter bis 1,8 Milliarden, für Eier bis 55 Millionen, für einen Liter Milch 100 Millionen bezahlt und in Berlin ab 15. Okt. den Erzeugermilchpreis auf 141 176 000 M. für ein Liter festgesetzt. In Stuttgart macht man nach. Der Handel früher langsam, jetzt immer schneller. Wir werden erleben. Denn Reich, Staat und Gemeinden haben die Goldmarkigkeit in Tarifen, Steuern und Gebühren zum Prinzip gemacht. Die Stuttgarter Stadtverwaltung hat für Oktober allein zum voraus 12,3 Mill. M. für das Zimmer an Wasserabgabe und Müllabfuhr erhoben. Sie hat ihre Gaspreise jetzt auf 70 Mill. für den Kubikmeter, die Kilowattstunde Licht auf 210 Mill. M. erhöht, aber nur für ein paar Tage, denn in Karlsruhe zahlt man schon 110 Mill. für Gas und 300 Mill. für Licht. Also nur hinauf, mein Kind! Und all das im Reichen des Abbaus der Kohlenpreise! Oder hat nicht die Reichsregierung amtlich verkündet, daß die Kohlensteuer aufgehoben ist, daß eine Verbilligung um etwa 30 Prozent eintritt? Ja, es ist etwas Erhebendes um unsere russischen Zustände in der gesamten Wirtschaft! Die Post kündigt bereits eine neue Verdoppelung ihrer Tarife an, die Eisenbahn wird nicht zurückbleiben, obwohl sie in letzter Woche zweimal die Reisenden schröpfte.

Und zu allem Elend kommt noch, daß wir jetzt vor dem großen Unbekannten stehen — der neuen Währung, der Neumark, oder wie man es heißen will. Es wird ein furchtbares Durcheinander geben, wenn wir zur Papiermark, der Goldmark, dem Dollar, Franken, Gulden, Pfund Sterling auch noch in „Neumark“ kaufen und rechnen müssen! Die ganze Lage treibt zu einer gewaltigen Lösung und Entscheidung. Die Stimmung der Massen ist verzweifelt und erbittert. Und das schon jetzt, vor Beginn des Winters!

Die politischen Wirrnisse der Zeit tun das ihre, um die Spannung zu verstärken. Zwar ist man in Württemberg unter dem Ausnahmezustand ruhig geblieben; aber die politischen Gegensätze weisen eine Verschärfung auf, die nicht übersehen werden kann. Das „Deutsche Volksblatt“, das württ. Zentrumsorgan, hat Enthüllungen veröffentlicht über Umsturzvorstellungen der Linksfreie und unter Führung des ehemaligen bekannten Oberpolizeidirektors Hahn. Es handelt sich dabei um kostenlose Lieferung von militärischen Ausrüstungsgegenständen in großen Mengen durch vorzugsweise jüdische Firmen an linksstehende Organisationen, vor allem an den Republikanischen Reichsbund. Die D. V. P. verwahrt sich, daß sie parteioffiziös mit diesen „Schleichwegen“ etwas zu tun hat. Nicht zu Unrecht sagt das „Deutsche Volksblatt“: „Wohin sollen wir kommen, wenn jeder politische Klub seinen Wanderbund mit Säbelkoppel hat. Das muß im Bürgerkrieg enden. Das ist aber das Ende der Demokratie.“ Das politische Zwischenspiel wird in der Spätherbsttagung des württ. Landtags einen Widerhall finden. Gut ist es jedenfalls, daß die öffentliche Betätigung solcher politischer Jugendorganisationen mit militärischem Anspruch durch den Ausnahmezustand unterbunden ist.

Diese Vorgänge geben Anlaß zu einer Aussprache zwischen Vertretern der D. V. P. und des Zentrums. Zunächst gaben in persönlicher Hinsicht die Vertreter des Zentrums befriedigende Erklärungen ab. Sachlich wurde Reberinstimmung über die Grundlagen der Koalitionspolitik in Württemberg festgestellt insbesondere auch darüber, daß die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität keinerlei private bewaffnete Organisationen dulde.

Die Nachzahlungen an die Pensionäre. Die Schecks über die Mehrbeträge, welche infolge der Erhöhung der Wehzahl auf 14 000 für die Zeit vom 9. bis 16. 10. 23 den Pensionären, Wartgeldempfängern und Hinterbliebenen der ehemaligen Wehrmacht zustehen, sind vom Reichspensionsamt dem Postfachamt zugeleitet.

Erwerbslosenfürsorge. Mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums ist mit Wirkung vom 8. Oktober 1923 an bis auf weiteres die Wartzeit für Empfänger von Erwerbslosenunterstützung allgemein auf 3 Tage abgekürzt worden.

Landabgabe. Der Umrechnungssatz für die Landabgabe ist für 17. bis 19. Oktober auf 1 080 000 Papiermark für je eine Goldmark festgesetzt.

Der Goldfranken wird im Auslandspostverkehr ab 15. Okt. zu 890 Millionen Papiermark berechnet.

Personenposten. Vom 16. Oktober an werden die Fahrpreise bei den Kraftposten auf 8 Millionen Mark, bei den Pferdeposten auf 6 Millionen Mark je für das Tarifkilometer erhöht.

Kein Mehrwert der alten Tausendmarkscheine. Da immer noch ein betrüblicher Schieberhandel mit alten Reichsbanknoten zu 1000 und 100 Mark, insbesondere mit den rot gestempelten, und mit Darlehensschecken getrieben wird, macht die Reichsbank wiederholt darauf aufmerksam, daß diese Scheine genau so wertlos sind, wie die neueren Scheine seit 1919, da die Reichsbank durch Gesetz der Pflicht entbunden ist, ihre Noten in Gold umzuwechseln. Der Handel mit alten Scheinen zu einem den Nennwert übersteigenden Betrag wird streng bestraft.

Schützt die Gasmesser vor Frost! Bei Frostwetter ist es erforderlich, daß die im Gebrauch befindlichen Gasmesser gegen die Kälte geschützt werden, da andernfalls die regelmäßige Benygnung des Gases ausfällt wird. Die Gasmesser

in kalten Räumen sollen durch Einhüllen in Stroh, wollene Lappen und dergleichen gegen das Einfrieren des Wassers geschützt und an die Fenster der Räume, in welchen Gasmesser stehen, während der Frostzeit geschlossen gehalten werden.

Wertbeständige Geldanlage. Ein Leser teilt uns mit: Heute verkaufte ich als Altpapier alte Geldscheine bis zum Nennwert von 100 Mark, im ganzen 438 500 Mark. Gewicht 6 Kilogramm 350 Gramm zu 10 Millionen Mark das Kilo. Gesamterlös 63,5 Millionen Mark. — Wenn das keine wertbeständige Anlage ist ...

Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Infolge der Geldentwertung erscheinen die Preise der Erzeugnisse von Gärtnerei heute eine geradezu wunderliche Höhe erreicht zu haben. In Wirklichkeit sind sie erheblich niedriger als vor dem Krieg, wie Ende voriger Woche im preussischen Landtag festgestellt wurde. Unter Zugrundelegung der Berliner Börsennotierungen kostete vor dem Krieg der Zentner Weizen 9,50 Goldmark, heute 4,65, der Zentner Roggen 8 Goldmark, heute 5,20, der Zentner Kartoffeln 2, heute 0,70, ein Schwein 3tr. Lebendgewicht 45, heute 18,50. Dagegen kostete vor dem Krieg ein Hufeisen 0,75 Goldmark, heute 2,45, ein Ackerwagen 360, heute 462, ein Pfund Wagenschmiere 0,12, heute 0,27 Goldmark. Am auffälligsten ist die Preisspanne bei künstlichem Dünger. Vor dem Krieg kostete 1 Ztr. Stickstoff ebensoviel wie 1 Ztr. Weizen, heute soviel wie 3/4 Ztr. Weizen.

ep. Wer hilft? Die evang. Frauenstiftung in Schorndorf, Kirchheim u. Teß, Heidenheim, Grumbach i. R., Neuenstadt a. L., die über 100 alten, einsamen und gebrechlichen Frauen eine Heimat gewähren, leiden größte Not an Lebensmitteln und Brennmaterial. Gaben an Geld und Naturalien nehmen die Oberinnen entgegen.

ep. Ein deutsches Bibelhilfswerk. Infolge der Preissteigerung im Druckergewerbe kostet eine Vollbibel bei gemeinnütziger Abgabe durch die Bibelgesellschaften etwa 600 Millionen, ein Neues Testament 60—80 Millionen. Da auch noch die Bibelgesellschaften sich in größter Not befinden und die Bibelherstellung immer mehr zurückgeht, soll in Verbindung mit dem Deutschen Evang. Kirchenausschuß ein Bibelhilfswerk eingeleitet werden, um dem deutschen Volk die Bibel als Quelle innerster Erhebung zugänglich zu erhalten.

Verdoppelung der Postgebühren

Ab 20. Oktober (in Millionen Mark):

Postkarten: Ortsverkehr 2, Fernverkehr 4.
Briefe: Ortsverkehr bis 20 Gr. 4, 100 Gr. 6, 250 Gr. 10, 500 Gr. 12; Fernverkehr bis 20 Gr. 10, 100 Gr. 14, 250 Gr. 18, 500 Gr. 18.
Drucksachen bis 25 Gr. 2, 50 Gr. 4, 100 Gr. 6, 250 Gr. 10, 500 Gr. 12, 1 Kg. 15, 1 Kg. bis 2 Kg. 18.
Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 Gr. 10, 500 Gr. 12, 1 Kg. 15; Warenproben bis 100 Gr. 6, 250 Gr. 10, 500 Gramm 12.
Pakete: 1. Zone: bis 3 Kg. 25, 5 Kg. 35, 6 Kg. 40, 7 Kg. 45; 8 Kg. 50, 9 Kg. 55, 10 Kg. 60 usw. bis 20 Kg. 160; 2. Zone: 50, 70, 80, 90, 100, 110, 10 Kg. 120 usw. bis 20 Kg. 320; 3. Zone: bis 3 Kg. 50, 5 Kg. 70, 6 Kg. 120, 7 Kg. 135, 8 Kg. 150, 9 Kg. 165; 10 Kg. 180 usw. bis 20 Kg. 480.
Zeitungspakete: bis 5 Kg.: 1. Zone: 15, 2. Zone: 30, 3. Zone 20.
Postanweisungen: bis 100 Millionen Mark 3, 500 Mill. Mark 6, 1000 Mill. Mark 10, 5000 Mill. Mark 15, 10 000 Mill. Mark 20, 20 000 Mill. Mark 40.
Für bar eingezahlte Zahlkarten: bis 100 Mill. Mark einschl. 1, 500 Mill. Mark einschl. 2, 1000 Mill. Mark einschl. 3, 5000 Mill. Mark einschl. 4, 10 000 Mill. Mark einschl. 5, 20 000 Mill. Mark einschl. 10, unbeschränkt 20, für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 5 Mill. Mark für eine Zahlkarte.
Die Auslandsgebühren betragen vom 20. Oktober 1923 an: für Postkarten 18, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 14, für Briefe bis 20 Gr. 30, jede weiteren 20 Gr. (Reistgewicht 2 Kg.) 15, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gr. 14, jede weiteren 20 Gr. 15, für Drucksachen für je 50 Gr. 6 Millionen Mark.

Sport

Der Stuttgarter Männerturnverein bezieht am 15. Oktober die Feier seines 80jährigen Bestehens in der Riederhalle, womit eine Ausstellung der Vereinserrinerungen in der Forstturnhalle verbunden war. Der Verein hat zurzeit über 2000 Mitglieder.

Fußball:

Badisch-württembergische Bezirksliga:
F.C. Freiburg — Stuttgarter Kickers 3:6 (1:3).
Phönix Alemannia — VfR. Heilbronn 2:2.

Vorrunde um den Bundespokal:

Mitteldeutschland — Südostdeutschland 3:2 (2:2).
Norddeutschland — Westdeutschland 4:2 (0:1).
Berlin — Baltentverband 2:1 (1:1).

Kreisliga:

Stuttgarter Sportfreunde — Sp.-Vg. Tübingen 1:0.
Südwestdeutsch F.C. Stuttgart — Sp.-Vg. Cannstatt 2:0.
F.V. Sutfenhausen — Tu.Sp.V. Ehlingen 1:1 (1:1).
Sp.-Vg. Prag — Eintracht Stuttgart 1:1 (0:0).
Pfeil Gaisburg — Normannia Omdorf 1:1 (1:1), Eden 4:7.
T.V. 60 Pforzheim — Union Bödingen 4:0 (1:0), Eden 4:7.
Germania Brödingen — VfR. Pforzheim 3:2 (1:2).
T.V. Heilbronn — F.Vg. Bruchsal 1:3 (1:4).

Das Wetter

Auf der Rückseite einer großen, nach Osten abgezogenen Depression und bei wiederanstiegendem Luftdruck sind am Mittwoch und Donnerstag nur noch vereinzelt Regenschauer, sonst vorwiegend trockenes und nachts empfindlich kühles Wetter zu erwarten.

Benrath, 15. Okt. Am Samstag nachmittag begann hier eine allgemeine Milderung der Gewächte. Die Milderer trugen ganze Ballen von Webwaren, Anzügen usw. fort. Die Polizei war machtlos.

Mannheimer Produktendörse, 15. Okt. Es zeigte sich nur geringe Unternehmungslust. Preise vielfach nur nominal. Verlangt wurden für die 100 Kg. bahntreie Mannheim, alles in Milliarden Mark: Weizen 16 bis 17, Gerste 14 bis 15, Hafer 13 bis 15, Weizenmehl Dst. C. 26 bis 32, Roggenmehl 19 bis 22, Weizenkleie 5 bis 5,5.

Mannheimer Kleinviehmarkt, 15. Okt. Jugerfärbt und je Pfd. Lebendgewicht gehandelt (alles in Millionen Mark): 164 Ochsen 120 bis 170, 112 Bullen 135 bis 160, 290 Kühe und Rinder 100 bis 180, 152 Kühe 250 bis 270, 16 Schafe 180 bis 200, sowie 165 Schweine, die nicht notiert wurden.



Allerlei

Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof Dieburg ist der Umleitungsperonenzug Frankfurt-Darmstadt auf einen Güterzug aufgefahren. Zehn Personen wurden leicht, eine schwer verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

Eindbruch. Bei einem Mitglied des Schweizer Rosenkreuzes in Wannsee bei Berlin wurden für 2 Millionen Mk. Silberzeug und für ebensoviel Gegenstände, die das Rote Kreuz dort für wohltätige Zwecke zur Weihnachtsbescherung aufbewahrt hatte, gestohlen.

Urkundendiebstahl. In der Nacht zum 6. Oktober sind aus dem Ausstellungsraum des Staatsarchivs in Marburg a. Lahn eine große Anzahl äußerst kostbarer Urkunden gestohlen worden, darunter zwei Urkunden von König Pipin, drei von Karl dem Großen, zwei von Kaiser Arnulf und anderen deutschen Kaisern, meist für das Kloster Fulda, ferner Briefe des Landgrafen Philipp des Großmütigen, Luthers, Melancthons, Götz v. Berlichingens, Friedrich des Großen, Cromwells und viele andere.

Seltener Diebstahl. Aus dem Tiergarten in Newyork wurden vier giftige Kobraslangen gestohlen. Man weiß nicht, was die Diebe damit bezwecken.

Brandstiftung. In Steinau (Thüringen) wurden 5 große gefüllte Scheunen und 7 andere Gebäude durch Brandstiftung vernichtet.

Explosion. Am Samstag flog ein Pulvermagazin der Festung Warschau in die Luft. Bis jetzt wurden eine Anzahl tote, 48 Schwerverletzte und 110 Leichtverletzte festgestellt. Es liegt ein verbrecherischer Anschlag vor.

Stückstoff gegen Kartoffeln

Die Landwirte geben ihre Erzeugnisse nicht gern mehr gegen Papiergeld ab, da dieses gewöhnlich am andern Tag nur noch die Hälfte von dem wert ist, was es am Tag vorher galt. Sie verlangen einen wertbeständigen Gegenwert, um sich vor den Schäden der Geldentwertung zu schützen, umso mehr als das Reich die „Landabgabe“ auch nach dem festen Goldmarkwert einzieht, der sich in Papiermark in ungeheuren Zahlensteigerungen von drei zu drei Tagen ausdrückt. Um nun die Städte in den Stand zu setzen, ihren Kartoffelbedarf gegen wertbeständige Bezahlung einzudecken, hat das Stückstoff-Syndikat dem Vorstand des Deutschen Städtetags vorgeschlagen, Stückstoffdünger zu kaufen und damit die Kartoffelforderungen durch Ueberweisungen zu bezahlen. Das Syndikat ist durch seine Bankverbindungen usw. bei den großen Umläufen, die hier in Frage kämen, in der Lage, das Bargeld rasch weiter dem Verkehr zu übergeben und sich vor Bilanzverlusten, denen der einzelne Landwirt oder die Genossenschaft nicht entrinnen kann, zu schützen. Dazu kommt, daß die Stückstoffindustrie infolge der schwierigen Lage der Landwirtschaft einen bedeutenden Rückgang des Absatzes zu verzeichnen hat, der durch den Voranschlag des Syndikats ausgeglichen werden könnte. Den Städten könnte es am Ende gleich sein, ob sie das Geld an die Landwirte oder an das Syndikat bezahlen, wenn sie nur ihre Kartoffeln bekommen. Die Landwirte würden in den Besitz von Kunstdünger ohne die verlustreichen Umschläufe in bar bekommen. Allerdings wird durch die Einschlebung des Syndikats in das Kartoffelgeschäft für die Landwirte ein gewisser Preisverlust und für die Städte eine gewisse Verteuerung nicht zu vermeiden sein. Selbstverständlich könnten für das Geschäft aber nur größere Lieferungen, etwa durch Genossenschaften oder andere Vereinigungen der Landwirte in Frage kommen.

Letzte Nachrichten.

Die Währungsreform.

Berlin, 15. Okt. In der Montag-Sitzung des Reichskabinetts hat der Reichsfinanzminister Dr. Luther seinen Entwurf für die Schaffung einer neuen Währung vorgelegt. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes soll sofort die Verordnung über die Währungsreform veröffentlicht werden. Der neue Währungsentwurf lehnt sich nach der „Germania“ unmittelbar an den bereits bekannten Re-

gierungsentwurf an, doch soll die neue Rentenmark nicht die Eigenschaft des gesetzlichen Zahlungsmittels haben. Der Zweck des neuen Zahlungsmittels ist, dieses von den Dollarschwankungen unabhängig zu machen. Eine weitere Abweichung von dem ursprünglichen Regierungsentwurf besteht darin, daß statt der Währungsreform die Rentenbank die Zentralkasse sein soll. Diese Bank soll ein Kapital von 3,2 Milliarden Goldmark erhalten. In der gleichen Höhe wird sich der Umlauf an Rentenbriefen bewegen, die auf 500 Goldmark lauten und die wiederum die Grundlage für die auszugebenden Zahlungsmittel sein werden. Der Druck von Papiermark soll eingestellt werden.

Oesterreichischer Grenzschutz gegen Hitler.

Wien, 15. Okt. die Landesregierungen von Salzburg und Tyrol haben im Einvernehmen mit der Wiener Bundesregierung umfassende Grenzschutzmaßnahmen durchgeführt, da die Gruppen der Verbände Hitler, insbesondere des „Bundes Oberland“ im Salzburgerischen und Tyrol anscheinend auf Münchener Weisung seit der Ernennung Kahrs in Salzburg und in Tyrol durch Wehrmachtsteilungen und aus ganz Oesterreich zusammengezogenen Gendarmereieinheiten streng abgesperrt. Es soll andererseits auch verhindert werden, daß die Kommunisten aus Bayern nach Oesterreich übertreten.

Mitterand, der Heher.

Paris, 15. Okt. Präsident Millerand sagte in einer Ansprache, die er in der Ortschaft Bouviers gehalten hat, u. a. folgendes: Deutschland möge wissen, daß wir die ergriffenen Pfänder erst wieder freigeben, sobald die Schulden bezahlt sind. Das sind wir der Gerechtigkeit Frankreichs und unseren Toten schuldig. Wir werden wie sie bis zum Ende aushalten und wie sie, so werden wir die Sieger sein.

Handelsnachrichten

Solothurn am 15. Okt. 3700 400 000 (4 010 000 000). Höchststand: 4,25 Milliarden.

Der Wert einer Milliarde Mark in Pfennigen am 12. Okt.: in Holland 108, Belgien 395, Norwegen 181, Dänemark 161, Schweden 106, Italien 430, London 114, Newyork 105, Paris 337, Schweiz 114, Spanien 151.

Goldkaufpreis der Reichsbank am 13. Okt. 18 350 080 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück. Für Reichsilbermünzen zahlt die Reichsbank ab 15. Oktober bis auf weiteres den 400-millionenfachen Betrag des Nennwertes.

Das Goldzollaufgeld beträgt vom 17. bis 19. Oktober 107 999 999 900 (24 299 999 900) Prozent. Eine Goldmark gleich 1 080 000 000 (243 000 000) Papiermark.

Erhöhung der Höchstpreise für Zement. Der Höchstpreis für 10 000 Kilo Zement ohne Fracht und Verpackung beträgt im Gebiet des Deutschen Reiches 325,00 Goldmark (4,20 Goldmark gleich 1 Dollar). Die Vergütung für den Handel ist in diesen Preisen enthalten. Beim Kleinverkauf unter 10 000 Kilo dürfen zu den Höchstpreisen einschließlich Fracht und Verpackung zuge schlagen werden: beim Verkauf ab Werk, Schiff oder Wagon bis zu 15 vom Hundert, ab Lager bis zu 30 v. H.

Samburger Preise am 12. Oktober: Butter 1700 Millionen das Pfund, Milch 216, Magermilch 108, Kommunalzucker 140, Gas 250 der Kubikmeter.

Das Berliner Vierpfundbrot kostet ab 14. Oktober 480 Millionen Mark, nachdem die Reichszuschüsse, die bisher 300 Millionen Mark für den Laib betragen haben, nunmehr wegfallen.

Die Dresdner Straßenbahn hat den Fahrpreis von 15 auf 30, den Gaspreis von 100 auf 180 Millionen erhöht.

Stuttgarter Börse, 15. Okt. Die Annahme des Ermächtigungsgesetzes durch den Reichstag beeinflusste die Börse nur wenig. Die gute Stimmung für die Aktienwerte hielt auch heute wieder an; die Verkäufer blieben weiterhin sehr zurückhaltend. Der Markt der Festverzinslichen legte wieder große Festigkeit an den Tag. Lebhafteste Umsätze fanden in Dollarschwankeungen und der Reichsgoldanleihe statt, welche (alles in Millionen Prozent) 4300 bezw. 3000 notierten. — Bankaktien: Hypothekbank 600 (380), Notenbank 9000 (7000), Vereinsbank 1300. — Braue-

relaktien: Kettenmeier 2000 (1500), Walle 1900 (1500), Ravensburg 450, Ehlinger 1000, Pfauen 600, Hohenzollern 700 (1500). — Metallaktien: Feinmechanik 16 000 (8000), Hobner 20 000 (13 000), Jungbans 4500 (3100), Andreas Koch 800 (5000), Württ. Metallwaren 18 000 (14 000). — Maschinenwerte: Daimler 1450 (1410), Laupheimer 11 000 (9000), Rogrus 1200 (900), Maschinenfabrik Esslingen 2500 (1800), Selter 2000 (1050), Weingarten 7000 (2900), Redarftum — —

Stuttgart, 15. Okt. Landesproduktionsbörse. Stimmung ruhiger nach Devisenrückgang. Abkässe fast keine, da bei der herrschenden Unsicherheit niemand etwas unternehmen will. Preise in Milliarden für 100 Kg.: Weizen 12 bis 15, Sommergerste 10 bis 12, Roggen 10 bis 13, Hafer 8 bis 10, Raps, Weizenmehl Nr. 0 30 bis 31, Brotmehl 27 bis 29, Kleie 4 bis 5, Weizenkleie 1,8 bis 2, Kleie 2 bis 2,5, Stroh drabgepreßtes 2 bis 2,5.

Berliner Getreidepreise am 15. Okt. in Milliarden Mark: Weizen 5,8 bis 7, Roggen 5,1 bis 6,3, Gerste 6,2 bis 6,4, Hafer 4,8 bis 5, Weizenmehl 19 bis 23, Roggenmehl 17,5 bis 21,5, Kleie 2,1 bis 2, Raps —.

Weizenmehlspezial 0 der Mannheimer Mühlen: 33 Milliarden d. 100 Kg., 85prozentige Ausmahlung 30, mitteldeutsche Ware 30 bis 32. Allgemeine Futtermahlung.

Märkte

Winnenden, 13. Okt. Frucht- und Obstpreise. Den Fruchtmarkt wurden 46 Zentner Weizen, 236 Zentner Hafer und 11 Zentner Dinkel zugeführt. Der Preis für Weizen betrug 2,1 bis 3,5 Milliarden, für Hafer 1,3 bis 1,9, für Dinkel 1,5 bis 2,1 Milliarden Mark pro Zentner. — Auf dem Obstmarkt wurde für Mostobst 1,1 bis 1,5 Milliarden, für Tafelobst 1,8 bis 2,2 Milliarden, für Zwetschen 300 bis 700 Millionen Mark pro Zentner bezahlt. Das Pfund Quitten kostete 18 bis 24 Millionen.

Grailsheim, 15. Oktober. Dem Schweinemarkt waren 24 Läufer- und 427 Milchschweine zugeführt. Der Preis für ein Paar Läufer betrug 14 bis 30 Milliarden, für 1 Paar Milchschweine 3 bis 9 Milliarden Mark.

Rottenburg, 15. Okt. Hopfen. Für Hopfen werden gegenwärtig 120 bis 150 Milliarden für den Zentner geboten.

Leitnang, 13. Okt. Hopfen. Der lebhafteste Einkauf in Hopfen hält an, dabei rücken die Quallitäten rasch vor. Bezahlt werden 50 bis 60 Milliarden.

Devisenkurse

	12. Oktober		15. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	15561000000	15689000000	14763000000	14837000000
Belgien	2044875000	2055120000	1955100000	1964900000
Norwegen	6184500000	6215500000	5885250000	5914700000
Dänemark	6982500000	7017500000	6643350000	6676600000
Schweden	104538000000	105062000000	99151500000	99485000000
Italien	1795500000	1804000000	1715700000	1724300000
London	179550000000	180450000000	169575000000	170425000000
Newyork	399000000000	401000000000	375000000000	378400000000
Paris	2334000000	23406000000	23042500000	23157500000
Schweiz	703250000	711770000	6723100000	6776900000
Spanien	5348500000	5373400000	5087250000	5112750000
D. Oester.	55461	55739	52988	52988
Prag	117705000	1181950000	1117200000	1123800000
Ungarn	2094350	21155	195500	205500
Argentin.	127680000000	128320000000	119700000000	120300000000
Teiko	19700250000	19799370000	187081250000	187958750000

Reichsgoldanleihe 3,75 (3,8) Milliarden.

Ermäßigung beim Steuerabzug vom 15. bis 20. Oktober.

	wöchentlich		täglich	
	5529 600	921 600	5529 600	921 600
a) für den Steuerpflichtigen	5529 600	921 600	5529 600	921 600
b) für dessen Ehefrau	5529 600	921 600	5529 600	921 600
c) für jedes zur Haushaltung zählende minderjährige Kind	36864 000	6144 000	36864 000	6144 000
d) zur Abgabe der Werbungskosten	46080 000	7 680 000	46080 000	7 680 000

Familienstand	wöchentlich	täglich
Ledig oder verwitwet, ohne Kinder	51 609 600	8 601 600
Verheiratet, ohne Kinder	57 139 200	9 523 200
„ mit 1 Kind	94 003 200	15 667 200
„ mit 2 Kindern	130 867 200	21 811 200
„ mit 3 „	167 731 200	27 955 200
„ mit 4 „	204 595 200	34 099 200

Bekanntmachung

betreffend

Verhältniszahl beim Steuerabzug.

Die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt vom 14.—20. Oktober: „Zweiunddreißig“. Der Multiplikator für Sachbezüge beträgt vom 16. Oktbr. ab: „Fünf“. Neuenbürg, den 13. Oktober 1923.

Finanzamt.

Arbeitsvergebung zu mehreren Neubauten

habe ich im Auftrag die Gipser-, Glaser- u. Schreinerarbeiten im Afford zu vergeben.

Die Unterlagen liegen in meinem Büro zur Einsicht auf, woselbst Angebote bis spätestens Donnerstag, den 18. ds. Mts. nachm. 4 Uhr einzureichen sind. Zuschlag vorbehalten.

Adolf Schanz, Bauwerkmeister.

Fräulein, bisher auf Büro tätig, sucht sofort diesbezügl. Stelle. Angebote erbeten unter H an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Klavier- und Harmoniumstimmer kommt nach Wildbad. Aufträge erbitte sofort an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Lehrverträge Mietverträge, Schuldscheine, sind am Lager Buchdruckerei Wildbader Tagbl.

Willy Sattler Klavertechniker und Konzertstimmer Pforzheim (Mitgl. des Reichsverbands)

Gellertstr. 18 Tel. 1210

Allg. Ortskrankenkasse Neuenbürg.

Unsere Kassensboten werden dieser Tage die Versicherungsbeiträge des 9. Einzugs, welcher die Zeit vom 27. 8. bis 30. 9. 1923 umfaßt, zum Einzug bringen. Durch die nach Verfall dieses Einzugsabschnitts eingetretene ganz ungeheure Geldentwertung sind die zum Einzug kommenden Versicherungsbeiträge vollständig entwertet und für uns nahezu nutzlos geworden. Um der Geldentwertung wenigstens einigermaßen entgegenzuwirken, werden wir mit den Beiträgen des 9. Einzugs zugleich einen Vorschuß für den 10. Einzug einziehen. Wir sprechen die Erwartung aus, daß die Arbeitgeber den geforderten Vorschuß anstandslos leisten werden; wir sind zur Erhebung von Vorschüssen, auch bei kleinen Arbeitgebern, gesetzlich ermächtigt. Auch sind wir bereit, bei Nichtbezahlen, bezw. nicht rechtzeitiger Zahlung die Geldentwertung aufzurechnen, worauf wir besonders aufmerksam machen. Es handelt sich für unsere Kasse jetzt um die Aufrechterhaltung ihrer Existenz und sollten unsere Bestrebungen zur Verhinderung des Zusammenbruchs nicht daran scheitern, daß wir von den Arbeitgebern die uns zustehenden Beträge nicht rechtzeitig erhalten. Von der gesetzlichen Möglichkeit, daß auch die Arbeitgeber mit weniger als 10 Versicherten die verfallenen Versicherungsbeiträge unaufgefordert wöchentlich an uns einzuzahlen haben, wollen wir vorerst keinen Gebrauch machen, da wir die Hoffnung haben, daß die angeforderten Vorschüsse anstandslos bezahlt werden. Erst wenn unsere Erwartungen wider Willen nicht erfüllt werden, werden wir die uns gesetzlich zustehenden Maßnahmen einführen, welche für die Arbeitgeber nur eine Mehrheit bedeuten werden.

Für die Woche vom 15. bis 21. Oktober 1923 gelten folgende Zahlen, jedoch nicht für die Arbeitgeber und Versicherten, bei welchen der Grundlohn nach dem wirklichen Arbeitsverdienst berechnet wird:

Mittgliederkasse	Grundlohn	Beiträge		Davon entfallen auf:				Wohntasse	Invalidenversicherung				
		Tages	Wochen	Tagesbeitrag		Wochenbeitrag			Wochenbeitrag	Anteil des Arbeitgebers			
				Arbeitgeber 1/3	Versich. 2/3	Arbeitgeber 1/3	Versich. 2/3			1/2	1/2		
in Millionen Mark											in Millionen Mark		
I.	30	2,7	18,9	0,9	1,8	6,3	12,6	40	5,7	2,85	2,85		
II.	120	10,8	75,6	3,6	7,2	25,2	50,4	43	14,8	7,4	7,4		
III.	240	21,6	151,2	7,2	14,4	50,4	100,8	46	36,0	18,0	18,0		
IV.	360	32,4	226,8	10,8	21,6	75,6	151,2	47	52,0	26,0	26,0		
V.	480	43,2	302,4	14,4	28,8	100,8	201,6	47	52,0	26,0	26,0		
VI.	600	54,0	378,0	18,0	36,0	126,0	252,0	48	74,0	37,0	37,0		
VII.	720	64,8	453,6	21,6	43,2	151,2	302,4	49	94,0	47,0	47,0		
VIII.	840	75,6	529,2	25,2	50,4	176,4	352,8	50	116,0	58,0	58,0		
IX.	960	86,4	604,8	28,8	57,6	201,6	403,2	50	116,0	58,0	58,0		
X.	1100	99,0	693,0	33,0	66,0	231,0	462,0	50	116,0	58,0	58,0		

Neuenbürg, den 15. Oktober 1923.

Vorsitzender des Vorstands: Fr. Heinkelmann. Verwalter Dobernel.

